Die Linke
Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Marburg, den 10. September 2025

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 29.8.2025

Kinder aus Gaza – Einrichtung weiterer Ortsbeiräte in der Innenstadt – Gender-sensible Stadtentwicklung – Kita-Bauprogramm – Vollzug des Haushalts 2023

Gaza-Antrag der Linken angenommen

Zur humanitären und politischen Katastrophe in Gaza legte die Die Linke einen Antrag vor, wonach sich die Stadt Marburg einem Appell an die Bundesregierung anschließen soll: Mehrere Städte erklärten sich bereit, notleidende Kinder aus dem Kriegsgebiet aufzunehmen und medizinisch wie auch psychologisch zu versorgen. Sie forderten die Bundesregierung auf, entsprechende Schritte einzuleiten. Diesem Antrag traten SPD, Grüne, Klimaliste und Dietmar Göttling sowie die Marburger Linke & Piraten (MLP) bei, nach einigem Zögern auch die CDU. Zu Beginn der Sitzung verlas die Stadtverordnetenvorsteherin diesen gemeinsamen Beschluss samt Brief der Städte als Bestandteil des Antrags.

Bau eines Wohnheims für Auszubildende des UKGM

Dieser Dringlichkeitsantrag der MPL wurde in den Fachausschuss weitergeleitet. Das Anliegen – günstiger Wohnraum für Azubis – wurde von allen Parteien als drängend anerkannt, jedoch müssen erst noch Differenzen des Bauantrags zum gültigen Bebauungsplan ausgeräumt werden.

Vortrag des Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa)

Schwerpunkt des engagierten Vortrags von zwei Schülern und einer Schülerin war eine Umfrage des KiJuPa an Marburgs weiterführenden Schulen. Diese Umfrage zu dem Themenspektrum Bildung und Schule, Medien, Verkehr bis hin zu Politik und Zukunft war 2023 gestartet und kürzlich ausgewertet. Mit dem baulichen Zustand der Schulen zeigten sich im Durchschnitt knapp zwei Drittel zufrieden, was jedoch in keiner Weise für die Toiletten zutrifft. Über Kommunalpolitik weiß man im Schnitt wenig Bescheid, wünscht sich auf alle Fälle mehr Sportmöglichkeiten. In allen Teilen Marburgs und allen Altersklassen ist man mindesten zu 50 Prozent auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Aufgeschlüsselt nach Schulen und einzelnen Themen können sich die Stadtverordneten diese Umfrage als Hausaufgaben vornehmen.

Neue Ortsbeiräte in der Kernstadt

Mit Vehemenz richteten sich CDU/FDP/BfM und MLP gegen die Einrichtung neuer Ortsbeiräte in der Kernstadt. Sie stellten ihnen – unbestrittene – Aktivitäten von Stadtteilge-

meinden entgegen, leider zum Teil unter Herabsetzung der bestehenden Ortsbeiräte. Für die Fraktion Die Linke führte Renate Bastian, selbst Ortsbeirätin, die gedeihliche Zusammenarbeit beider Einrichtungen etwa in Ockershausen an. Ortsbeiräte beschrieb sie als unterste Ebene der parlamentarischen Interessenvertretung, die durch ihre Wahl legitimiert sind, wenngleich noch nicht mit ausreichenden Rechten ausgestattet. Die Linke setzt sich seit Jahren zum Beispiel für ein Antragsrecht an das Stadtparlament ein. Das Stadtparlament könnte die Geschäftsordnung, also die Arbeitsweise der Beiräte, beschließt, schnell ändern.

Richtlinien der Koalitionsparteien für gendersensible Stadtentwicklung

In der Stadtentwicklung spiegeln sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Hierarchien wider. Entsprechend sind die Städte ausgerichtet auf den berufstätigen Mann, der mit dem Auto schnell die Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsplatz überwindet. Dagegen legt die Frau mit vielfältigen Anforderungen zwischen Beruf und Familie kürzere, miteinander verbundene Wege zurück, häufiger zu Fuß oder mit dem Bus. Ähnlich geht es älteren Menschen, jungen Leuten oder denen mit Einschränkungen. Eine demokratische Stadtplanung muss diese unterschiedlichen Anforderungen an weniger PKW-Verkehr, günstige Busse oder Verweilplätze berücksichtigen – so Renate Bastian für Die Linke. Nur die Fraktion CDU/FDP/BfM enthielt sich.

MLP forderte, das 2017 beschlossene Kita-Bauprogramm (KiBaP) noch vor der diesjährigen Haushaltsberatung vorzulegen

Miguel Sanchez (Die Linke) teilte die vorgebrachte Kritik, dass das Bauprogramm immer noch nicht vorliegt, geschweige denn angepackt wurde. „Große Worte, aber geringe Werke. Der Plan bleibt am Ende dieser Wahlperiode Stückwerk. Die Rede vom Personalmangel in der Stadt ist eine Ausrede, wenn wir sehen, dass andere Maßnahmen schneller gehen. Wir können das nur als Mangel an politischem Willen interpretieren.“ Sanchez hielt eine Regelung in wenigen Wochen jedoch nicht für möglich und sprach sich für die im Ausschuss geänderte Fassung aus, wonach ein Statusbericht als Grundlage eines aktualisierten Plans vorgelegt werden soll. Einzig die MLP stimmte gegen dieses Verfahren.

Kenntnisnahme: Jahresabschluss des Haushalts 2023

Erwartungsgemäß ging es unter diesem Punkt hauptsächlich um einen Schlagabtausch in Sachen Sparprogramm – möglicherweise auch um eine kleine Vorschau auf den Wahlkampf. Die Konservativen malten in großen Lettern das Haushaltsdefizit, die Koalition malte einerseits mit, sah dann manches doch nicht so schwarz, stellte sich selbst ein gutes Zeugnis aus.

Beschlüsse ohne Debatte:

Magistrat – **Planfeststellungsbeschluss zum Batterie-Oberleitungsbus (BOB):** Verfahren wird einhellig eingestellt.

Magistrat – **Parkgebühren für Bewohner*innen:** Erhöhung gegen Linke beschlossen.

Magistrat – **Klage der Universitätsstadt Marburg gegen die Feststellung der Einwohnerzahl im Rahmen des Zensus 2022:** einstimmig beschlossen.

Magistrat – **Förderprogramme "Klimafreundlich Wohnen" und "Sozialer Energiebonus":** Obwohl sie sich als sinnvoll und im Klimaschutz bewährt haben, werden sie ausgesetzt, d.h. eingestellt (außer für Balkonsolaranlagen mit MarburgPass und ergangene Bescheide; dagegen Die Linke, MLP, D. Göttling.

Koalitionsparteien – **Wetterfeste Sitzbänke am Friedrichsplatz**: einstimmig.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske